

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Lesen, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Pringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6 gespaltene Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 216.

Dresden, Mittwoch den 17. September 1913.

24. Jahrg.

Die Massenstreikresolution der Genossin Rosa Luxemburg und Genossen wurde vom Parteitag mit großer Majorität abgelehnt.

Die händischen Hafnarbeiter in Stettin sind in den Streik getreten.

Der Flieger Stiefvater floh von Freiburg i. Br. nach Nidmühlberg.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß bei Courtrai (Belgien) sollen 20 Personen verletzt worden sein.

Nach einer Konstantinopeler Meldung verbleibt Sir Kitchener der Türkei.

Die Massenstreikdebatte auf dem Parteitage.

Jena, 16. September.

Fast der ganze Tag wurde von der Debatte über die Massenstreikfrage ausgefüllt. Es war eine würdige großartige Debatte. Die verschiedenen Anschauungen stiegen mit Leidenschaftlichkeit aufeinander, aber wie immer die Meinungen sich trennten und wie scharfe Wendungen auch kamen, aus jedem der Teilnehmer an dieser Erörterung sprach der rechte Eifer, das Beste für die Arbeiterklasse zu erlassen und ihren Ansturm auf die Burgen der Reaktion zu verstärken.

Es handelt sich auf diesem Parteitage nicht darum, ob der politische Massenstreik im Kampfe um das preussische Wahlrecht zulässig sei oder nicht. Darüber, daß die Anwendung jedes möglichen Mittels berechtigt und notwendig ist, um die Schmach der preussischen Entziehung zu befeitigen, gibt es in der deutschen Sozialdemokratie keinen Streit. Die Partei aber mußte durch den Parteitag klar gestellt werden: einmal ob die Massenstreikagitation, die seit einigen Monaten von einem Teil unserer Parteipresse über diese Frage unternommen worden ist, heilsam für unseren Kampf genannt werden kann, im besonderen auch, ob die Formen dieser Agitation gut und wünschenswert oder oft verfehlt und tadelnswert seien. Sodann mußte festgestellt werden, ob die Partei die Absicht hat, zur Verwirklichung des Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampf für die nächste absehbare Zeit zu schreiten.

In der Stellungnahme der verschiedenen Redner zu diesen zwei Fragen zeigten sich mannigfache Abtönungen. Aber aus allen Abweichungen der Meinungen traten zwei große Gruppen hervor. Auf der einen Seite diejenigen, die die Agitation der letzten Monate verteidigten und die für die Zukunft zur weiteren Agitation zu ermuntern wünschten. Auf der anderen Seite diejenigen, die das Vorgehen von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Karl Liebknecht und ihrer Meinungsgenossen mißbilligten und die Anwendung des Massenstreiks in naher Zeit entweder für nicht wahrscheinlich oder aber sogar für durchaus unmöglich erachteten. In den zwei Resolutionen, über die der Parteitag zu entscheiden hatte, drückte sich der Gegenstand der beiden Ansichten aus.

Die vom Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß vorgelegte Resolution spricht sich unzulänglich für den politischen Massenstreik als Mittel der Arbeiterklasse nicht nur zu Abwehrzwecken, sondern auch zur Eroberung bisher verweigerter Rechte aus. Sie wendet sich scharf gegen die preussische Wahlrechtskampagne und ruft zu ihrer unablässigen Bekämpfung auf. Die Resolution weist aber nicht minder deutlich jene ignominialen, parteiunwürdigen Auffassungen zurück, die den Massenstreik als ein fast beliebige anzuwendendes Mittel für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse vorzuschlagen. Sie betont vielmehr, daß die sorgfältige organisatorische und ausführende Arbeit unsere wichtigste Aufgabe bleibt, deren Fortsetzung allein die Gewähr gibt, daß kommende große Kämpfe mit Erfolg durchgeführt werden können. Die Resolution aber, die als erste Unterschrift den Namen der Genossin Luxemburg trägt, unterscheidet sich von der Vorstandsvorstellung im wesentlichen dadurch, daß sie „das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks“ ausdrücklich begründet, also die bisherige Agitation billigt. Sie unterscheidet sich ferner dadurch, daß sie, ohne in klaren Worten einen bald einzuleitenden Massenstreik zu fordern, doch seine Vorbereitung in solchen Wendungen empfiehlt, als sei mit seiner Verwirklichung in naher Zeit zu rechnen. Im übrigen bedeutet diese Resolution zweifelsohne eine erhebliche Abschwächung im Vergleich zu den viel stärkeren Worten, die in der Zeit zuvor gebraucht worden sind.

Der interessante Nebenkampf begann mit Ausführungen Eduard Bernsteins, der daran erinnerte, daß er als einer der ersten für den Massenstreik als politisches Kampfmittel eingetreten sei. Aber im jetzigen preussischen Wahlrechtskampf könne dies Mittel nicht in Anwendung kommen, wegen einer Zeitfrage, um die es sich in Preußen jetzt nur handeln könnte, dürfte die Partei nicht alles auf das Spiel setzen. Klaus Berlin ist der Ansicht, daß die Massen für solchen Kampf jetzt noch nicht reif sind, aber dieser Kampf müsse vorbereitet werden, die Massen seien unzufrieden und verlangen ein lebhaftes Vorgehen. Henke-Hamburg dagegen meint, nicht aus der Massen komme diese Massenstreikdebatte, sondern von

einigen Literaten und Akademikern; man könne die Massen vielleicht einmal und zweimal in solchen Streik hineinbekommen, aber beim dritten Male höre es auf. Rosa Luxemburg, als Hauptrednerin mit verlässlicher Redezeit, vernahm zunächst, daß Scheidemann in seinem Referat keine gründliche Untersuchung des Problems gegeben habe; Scheidemann habe die Lage der Partei richtig ausgemalt und wolle von den Hörern nichts wissen; aber in den Massen herrsche tiefgehende Unzufriedenheit, sie seihen nach einem frischen Aufzuge, sie haben den Nichts-als-Parlamentarismus satt; unsere Taktik trage die Schuld an den falschen Stimmungen; man solle nicht Verhigungsgründe suchen, sondern die Massen zu Massenaaktionen erziehen; eine zielklare revolutionäre Taktik sei nötig; nicht einmal eine gewöhnliche Versammlung habe man beim Jahresbericht veranstaltet; die Partei dürfe nicht auf die revolutionäre Situation warten, sie müsse durch revolutionäre Kampfweise die Massen für diese Situation vorbereiten. Gustav Bauer, Mitglied der Generalkommission — ebenfalls mit verlässlicher Redezeit — vertrat in umfassender Darlegung den „gewerkschaftlichen Standpunkt“. Wo sei denn die gründliche Untersuchung des Massenstreikproblems durch Genossin Luxemburg selbst? Sie behalte das Geheimnis, wie der Massenstreik geführt werden solle, vor sich. Was komme denn bei dieser ganzen Diskussion positiv heraus? Nur allgemeine Redereien und der Massenstreik selbst werde dabei nur diskreditiert. Wenn die Verhältnisse reif seien für solchen Kampf, dann bedürfe es gar nicht so langer Diskussionen darüber. Das Vorgehen von Luxemburg und anderen schädige die Organisation, trage erst Unlust und Mißstimmung in die Parteigenossen; das preussische Wahlrecht sei sehr wichtig, aber es ist keine Lebensfrage für das Proletariat, für die es alles auf eine Karte setzen dürfte; wir müssen Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen; es sei gar kein Anlaß zur Mutlosigkeit, wir seien tüchtig vorwärts gekommen und werden weiter vorwärts kommen; die Erfahrungen im Auslande mit dem Massenstreik seien keineswegs günstige; wir hätten nichts von revolutionärer Phrasologie und von revolutionärer Projektionem. Dann verwies Peus auf den Schnapsbottel und den Ausbau der Genossenschaften; das sei wichtiger als die starken Kraxler der Massenstreikler. Liebknecht erklärte, der Ruf nach dem Massenstreik sei laut geworden, als alle anderen Mittel verfaßt hätten; allerdings sei die Diskussion in eine unglückliche Zeit gekommen; man solle die Freunde des Massenstreiks nicht als Phrasenmacher bezeichnen, es scheine, als ob die andern, obwohl sie sich zum Massenstreik bekennen, im Herzen dagegen sind; wenn es ernst ist um den Massenstreik, müsse für die Resolution Luxemburg stimmen. Genosse Frank führt aus, es sei Ehrensache der Arbeiterklasse, in der Wahlrechtsfrage vorwärts zu kommen; wir müssen die Waffen scharf; revolutionäre Phrasologie sei nicht gut, aber konservative Phrasologie sei noch schlimmer; für die Resolution Luxemburg möge er jedoch nicht stimmen, denn das sei auch schon Dämpfung.

In der weiteren Debatte vertrat hauptsächlich Ledebour, Pannetier, Clara Zetkin die Auffassung der Massenstreikfreunde, dagegen Rose, Schumann, Silberstein, David, Dukemann die andere Auffassung. Scheidemann besprach in seinem Schlusswort nochmals die in der Debatte hervorgetretenen Ansichten und die gegen ihn gerichteten Angriffe. Er zitierte aus den Artikeln der Genossin Luxemburg und wandte sich nochmals mit äußerst scharfen Worten gegen die Methode ihres politischen Auftretens, gegen ihren Versuch, die Partei in eine neue Taktik führen zu wollen.

Unter großer Spannung erfolgte dann die Abstimmung des Parteitages. Genosse Doch beantragte namentliche Abstimmung über die Resolution Luxemburg. Es zeigte sich bei dem Namensruf bald, daß diese Resolution weit hinter der Majorität zurückbleiben werde. Bezeichnend war es besonders, daß die größten Parteiorke Berlin und Hamburg, die Hochburgen unserer Organisation, fast geschlossen gegen die Resolution Luxemburg stimmten. Das noch nicht ganz genau festgestellte Ergebnis der Abstimmung ist: etwa 150 Stimmen für, etwa 350 Stimmen gegen die Resolution Luxemburg.

Durch diese Abstimmung hat eine große, eine zweidrittel-Mehrheit des Parteitages befunden, daß sie nicht einverstanden ist mit der Massenstreikagitation in jüngster Zeit, und daß sie nicht glaubt, daß der Massenstreik in Wäde zur Verwirklichung gebracht werden kann. Einmütig aber zeigte sich der Parteitag in der Bekundung seines festen Willens, den Kampf für das preussische Wahlrecht, wie auch den Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte der deutschen Arbeiterklasse so wichtig und so schlagkräftig fortzuführen wie nur je!

Die Notwendigkeit des Unternehmertums.

Bekanntlich hält sich heute jede Unternehmerrorganisation, angefangen von irgendeinem bedeutungslosen Handwerkermeister-Innungsbund bis zu den gewaltigen und mächtigen Verbänden unserer Industriebranche, einen oder mehrere volkswirtschaftliche Doktoren. Diese Ungläublichen haben die Aufgabe, „wissenschaftlich“ zu beweisen, daß gerade die Interessen ihrer Auftraggeber im Interesse von Lyron, Altar und

Vaterland unbedingt beachtet werden müssen, und daß es keine so unentbehrlichen Staats- und Gesellschaftsfunktionen gibt, als gerade die Leute, von denen sie ihr mehr oder minder reichliches Gehalt beziehen.

So bemühte sich am Dienstag in Leipzig auf einer gemeinsamen Tagung deutscher und österreichischer Industriellen der unsere Lesern wohlbekannte Syndikus des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Schweighoffer, im Schweiße seines Angesichts, der sozialistischen Wissenschaft eins auszuwaschen. Der Mann hielt einen Vortrag über: „Das Unternehmertum und seine volkswirtschaftliche Bedeutung für die Gegenwart“. Dabei brachte er es, nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen, fertig, folgende Weisheiten zu verzapfen:

Von der modernen Wissenschaft werde das Unternehmertum als die eigentliche Nährzelle des Volkstums bezeichnet. Allerdings stehe dem gegenüber die sozialistische Wissenschaft, die den Unternehmer für überflüssig halte und die als erstrebenswertes Ziel der Volkswirtschaft erkläre, das Unternehmertum zu befeitigen, indem sie behaupte, daß nur die Arbeit allein Wert schaffe. Diese Ansicht sei aber schon längst widerlegt; geteilt doch nicht der Vertreter dieser sozialistischen Wissenschaft, Professor Sombart, zu, wenn allerdings auch nicht ausdrücklich, daß die Kultur ohne organisierende Leitung nicht bestehen könne.

Die Ausführungen des Herrn Regierungsrats sind geradezu typisch dafür, in welcher Weise die Gelehrten, die im Solde der Herren Kapitalisten stehen, gegen die sozialistischen Anschauungen zu Felde ziehen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Sozialismus wird gar nicht versucht. Man macht sich einen lächerlichen Popanz von den sozialistischen Ideen zurecht, und dann wird frisch und frei daraufgeschlagen. Wahrtlich eine bequeme Kampfesart!

Der Herr Schweighoffer verkündet, daß eine Industrie ohne organisierte Leitung nicht bestehen könne! Der Herr Schweighoffer ist wirklich ein kluger Mann, ein gelehrter Mann. Schade nur, daß er sich so unruhig in geistige Unkosten stürzt. Es hat nämlich bis jetzt noch niemand gegeben, der die Nichtigkeit dieses Sages auch nur im geringsten angezweifelt hätte, am wenigsten unter den Anhängern der sozialistischen Wissenschaft. Daß eine Fabrik wie jeder andere Betrieb eine Leitung braucht, das ist für jedes Kind selbstverständlich. Darüber ist auch noch nie ernsthaft gestritten worden. Aber damit ist noch nicht das geringste für die Notwendigkeit des Unternehmertums bewiesen, und noch weniger, daß den Unternehmern so gewaltige Summen als Profit zufließen müssen, wie das heute geschieht. Was ist ein Unternehmer? Ein Mann, der eigenes oder fremdes Kapital nimmt, um damit Waren zu produzieren, Handel zu treiben und so weiter. Unsere kapitalistische Gesellschaft beruht darauf, daß die wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend in den Händen von privaten Unternehmern liegt. Deshalb müssen in einer kapitalistischen Gesellschaft Unternehmer vorhanden sein. Gäbe es keine Unternehmer, so hätten wir eben keine kapitalistische Gesellschaft.

Sind denn aber die Unternehmer immer die Leiter ihrer Betriebe, leisten sie denn auch die Arbeit der organisierenden Leitung? Tausendmal nicht. Die Leitung der Unternehmungen erfolgt heute sehr oft nicht durch die Leute, die das Kapital für die Unternehmung hergegeben haben, sondern durch Angestellte, Direktoren, Prokuristen usw., die für ihre Tätigkeit bezahlt werden. Man denke zum Beispiel an die Aktien-gesellschaften. Ein Aktionär braucht mit seinem Unternehmen in keiner anderen Beziehung zu stehen, als daß er Eigentümer eines Stückes Papiers, der sogenannten Aktie, ist, auf dessen Vesty sein Anteilsrecht an der Unternehmung beruht, er bezieht als sogenannte Dividende alljährlich seinen Anteil am Ertrage der betreffenden Unternehmung, ohne daß er auch nur die Hand zu rühren braucht. Dagegen, daß die Leute, die wirklich die Unternehmungen leiten, für ihre Arbeit bezahlt werden, hat natürlich die sozialistische Wissenschaft absolut nichts einzuwenden. Ihre Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß heute die Kapitalisten ein völlig arbeitsloses Einkommen beziehen, sei es, daß sie unmittelbar an einer Unternehmung beteiligt sind, sei es, daß sie das Geld in irgendeiner Weise einem Unternehmer geliehen haben und nun dafür als Zinsen einen Teil des Ertrages von dessen Unternehmung bekommen.

Häufig ist allerdings der Leiter einer Unternehmung gleichzeitig Eigentümer der Unternehmung. Das ändert natürlich nichts daran, daß das Einkommen, das auf einen Kapitalist zurückzuführen ist, als arbeitsloses angesehen werden muß. Nur einen Teil seines Gesamteinkommens wird man als den Ertrag seiner in seinem Betrieb geleisteten Arbeit betrachten dürfen. Und nach Befeitigung jedes arbeitslosen Einkommens strebt der Sozialismus. Mit dieser Frage hat sich der Herr Schweighoffer aber gar nicht beschäftigt. Auf das Kernproblem der sozialistischen Kritik an der heutigen Gesellschaft aber ist Herr Schweighoffer bei seinem Ritt gegen die sozialistische Wissenschaft erst recht nicht eingegangen: auf die Frage, ob denn nicht die heutige allerdings auf dem Vorhandensein privatkapitalistischer Unternehmer beruhende Organisation der wirtschaftlichen Tätigkeit durch eine andere zweckmäßigere ersetzt werden könne. Der Mangel an Organisation, der im Wirtschaftsleben unserer kapitalistischen Gesellschaft herrscht, ist ja der Punkt, bei dem in erster Reihe die sozialistische Kritik einsetzt. Was heißt Güterzeugung und -verteilung in der Hauptsache in der Hand

lindern auch so etwas wie ein effizienter Schreiber, dessen Briefe immerhin ein bißchen mehr als ein launiges, großes, aber insonderlich guttürliches Wort sind.